

# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 5, 2021

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Religionsgemeinschaften in Niedersachsen verurteilen antisemitische Parolen und Angriffe

Nach den antisemitischen Ausschreitungen in vielen deutschen Städten (s.u. 2.1.) haben sich die Religionsgemeinschaften in Niedersachsen einmütig mit den jüdischen Gemeinden solidarisiert.

Der Runde Tisch der Religionen in Osnabrück kritisierte, der Antisemitismus habe „in Angriffen auf Synagogen und im öffentlichen Verbrennen der israelischen Fahne derzeit einen kriminellen Höhepunkt“ erreicht. „Es ist eine unsagbare Schande, dass jüdische Einrichtungen in unserem Land von Sicherheitsbehörden vor Angriffen aus unterschiedlichen politischen Richtungen wieder besonders geschützt werden müssen.“ So etwas dürfe es „in Deutschland nicht geben und erst recht nicht in der Friedensstadt Osnabrück.“

Der Rat der Religionen Hannover erklärte seine „Solidarität mit unseren jüdischen Freundinnen und Freunden. Wir bitten alle Religionsgemeinschaften und zivilgesellschaftlichen Akteure, antisemitischem Hass und judenfeindlicher Hetze mit aller Entschlossenheit zu begegnen. Antisemitismus ist ein Gift und durch nichts zu rechtfertigen“ ([mehr](#)).

DITIB Niedersachsen-Bremen erklärte: „Antisemitismus und jegliche gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit hat kein Platz in unseren Reihen, alles andere würde nicht unserem Glaubensverständnis entsprechen.“ „Wir dürfen nicht zulassen, dass hier Stellvertreterkonflikte geführt werden und rufen alle zur Besonnenheit auf“ ([mehr](#)).

In Hannover verabschiedeten die Vorsitzenden der Jüdischen und der Palästinensischen Gemeinde, Michael Fürst und Yazid Shammout, gemeinsam mit DITIB Niedersachsen und dem Landesverband der Muslime in Niedersachsen (Schura) einen Friedensappell, in dem sie zu einem Ende der Gewalt im Nahen Osten aufrufen. Für Deutschland gelte: „Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Palästinenserhass haben keinen Platz in unserer Gesellschaft. Auch das Beleidigen oder Diffamieren von religiösen oder staatlichen Symbolen bis hin zu Fahnenverbrennungen oder gar Angriffen auf Synagogen, Kirchen oder Moscheen sind unverträglich und werden nicht toleriert.“ Juden, Muslime und Palästinenser seien „dazu verpflichtet, friedlich und respektvoll miteinander umzugehen, damit wir einen versöhnlichen Impuls für den Nahostkonflikt geben können. Wir fordern, dass andere jüdische, palästinensische und muslimische Vereine, Organisation und Verbände unserem Beispiel und diesem Aufruf folgen und sich gegen jegliche Art von Hetze, Hass und Feindseligkeit stellen“ ([mehr](#)).

#### 1.2. Kirchen planen neues Unterrichtsfach „Christlicher Religionsunterricht“

Die Kirchen in Niedersachsen setzen sich für die Einführung eines gemeinsam verantworteten christlichen Religionsunterrichts ein.

Die Initiative solle in den kommenden Monaten mit den zuständigen staatlichen Stellen, den Lehrkräften und innerhalb der beteiligten Kirchen diskutiert werden, kündigten die evangelischen Kirchen und die katholischen Bistümer in Hannover an. Auch Schülerinnen und Schüler, Eltern und die für die Aus- und Fortbildung zuständigen Einrichtungen sollten einbezogen werden. Das Modell sei bundesweit einmalig und gehe über Kooperationen in anderen Bundesländern hinaus, hieß es.

Der geplante christliche Religionsunterricht soll für evangelische und katholische Schülerinnen und Schüler gemeinsam erteilt werden. Darüber hinaus sei er offen für Kinder und Jugendliche anderer Konfession, sagte die Bevollmächtigte der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen, Kerstin Gäfgen-Track. Der christliche Religionsunterricht werde gemeinsame Inhalte haben. „Er wird aber auch die Unterschiede, die es zwischen evangelisch und katholisch weiterhin gibt, klar benennen“.

Das neue Fach könnte erstmals zum Schuljahr 2023/24 angeboten werden, sagte der Leiter der Abteilung Schulen und Hochschulen im katholischen Bistum Osnabrück, Winfried Verburg. Es träte dann an die Stelle des bisherigen evangelischen oder katholischen Religionsunterrichts. Gegenüber dem Land wollen die Kirchen eine gemeinsame evangelisch-katholische Stelle schaffen, die für alle Fragen der Aus-, Weiter- und Fortbildung der Lehrkräfte zuständig ist.

Die katholischen Bistümer und die evangelischen Kirchen in Niedersachsen arbeiteten beim Religionsunterricht bereits seit 30 Jahren zusammen, sagte der Leiter der Hauptabteilung Bildung im Bistum Hildesheim, Jörg-Dieter Wächter. Beim konfessionell-kooperativen Unterricht könnten evangelische Schülerinnen und Schüler auch bisher schon am katholischen Unterricht teilnehmen und umgekehrt. Dieses Modell solle nun weiterentwickelt werden, um den Kindern und Jugendlichen das gemeinsame Erarbeiten von christlichen Inhalten zu ermöglichen. Am christlichen Religionsunterricht nehmen zurzeit 75 Prozent der Schülerinnen und Schüler teil, mehr als nach der Konfessionszugehörigkeit eigentlich zu erwarten wäre (evangelisch 46 Prozent; katholisch 16; ohne Bekenntnis 23; muslimisch 9; andere 6 Prozent) ([mehr](#); das Positionspapier [hier](#)).

### 1.3 Was sonst noch war

- Loccum: Kloster-Konvent beruft designierte Regionalbischöfin Adelheid Ruck-Schröder als ordentliches Mitglied, erste Frau in diesem Amt ([mehr](#))
- Seesen: Neue App ermöglicht Zutritt in die weltweit erste Reform-Synagoge ([mehr](#)).

## 2. Allgemeine Lage

### 2.1. Antisemitische Ausschreitungen in vielen deutschen Städten

Im Zusammenhang mit den Raketenangriffen der Hamas auf israelische Städte und den Vergeltungsschlägen der israelischen Armee in Gaza ist es in vielen deutschen Städten zu antisemitischen Ausschreitungen gekommen.

In Gelsenkirchen zog eine aufgebrauchte Menge mit palästinensischen und türkischen Fahnen vor die Synagoge und skandierete dort antisemitische Parolen. Auf einem vom Zentralrat der Juden veröffentlichten Video sind die Schlachtrufe deutlich zu hören. Zu ähnlichen Szenen kam es in Berlin, Düsseldorf, Bonn, Münster und anderen Orten. In Hannover konnte die Polizei das Verbrennen einer israelischen Fahne verhindern ([mehr](#)).

Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek, verurteilte die Ausschreitungen. „Wer unter dem Vorwand von Kritik an Israel Synagogen und Juden angreift, hat jedes Recht auf Solidarität verwirkt.“ Wer Rassismus beklagt, „selbst aber antisemitischen Hass verbreitet, verliert alle Glaubwürdigkeit und muss mit meinem entschiedenen Widerstand rechnen“, so Mazyek gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Der hessische DITIB-Landesgeschäftsführer Onur Akdeniz, sagte, er beobachte mit großer Besorgnis, wie der palästinensisch-israelische Konflikt „missbraucht wird, um das emotionale Empfinden der muslimischen Gläubigen in Deutschland zu instrumentalisieren“ ([mehr](#)).

Der ehemalige Syndikusanwalt und Funktionär im DITIB-Bundesverband, Murat Kayman, kritisierte, zum Teil sei die islamische Religion „als Mittel der Einschüchterung“ missbraucht worden. „Wenn junge Muslim:innen auf einer Demonstration zu einem politischen Sachverhalt wiederholt ‚Allahu akbar!‘ brüllen, ist das nicht mehr die leise Rezitation der menschlichen Einsicht, sich in Demut seinem allmächtigen Schöpfer hinzugeben. Es ist der Schlachtruf der Gewissheit, sich seinem Feind nicht allein, sondern in Gefolgschaft seines Gottes entgegen zu stellen.“ Das sei „kein gesamtgesellschaftliches Problem. Das ist ganz ausdrücklich ein muslimisches Problem. Und mir ist es egal, ob ich mit meinem Hinweis auf diese muslimische Dimension des Problems Applaus von der falschen Seite kriege. Ich kann und will als Muslim in Deutschland nicht darauf warten, dass es in diesem Land keinen Antisemiten mehr gibt, der Thomas oder Markus heißt, bis ich endlich damit beginne, mich um die Antisemiten zu kümmern, die Ahmet oder Mehmet heißen.“

Die „seltsame Stille jener Stimmen, die sich sonst leidenschaftlich beim Thema antimuslimischer Rassismus zu Wort melden und die noch seltsameren Pressemitteilungen von muslimischer Seite zu diesen Themen“ machten deutlich, „dass es in den muslimischen Gemeinschaften aber auch bei vielen Einzelpersonen einen sehr wirkmächtigen Verdrängungsreflex gibt“, so Kayman weiter. „Das ist eines der großen Hindernisse bei der Arbeit gegen Antisemitismus unter Muslimen. Man kann ein Problem nicht lösen, wenn jene, die von diesem Problem betroffen sind, immer wieder betonen, dass es dieses Problem gar nicht gäbe.“ Dieser Antisemitismus unter Muslimen könne nur von innen aufgebrochen werden, „von und durch Muslim:innen innerhalb ihrer Gemeinschaften“ ([mehr](#)).

Ein Zusammenschluss von 22 jüdischen und muslimischen Einrichtungen und Initiativen veröffentlichte ein Offenes Brief mit dem Titel „Wir lassen uns nicht trennen“. Darin werden zwei Grundsätze aufgestellt und begründet: „Wir verurteilen Antisemitismus und anti-muslimischen Rassismus“. „Es muss Raum für unterschiedliche Haltungen zum Nahost-Konflikt geben.“ Der Brief ist unter anderem unterschrieben vom Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerk, dem Avicenna-Studienwerk, der Bildungsstätte Anne Frank, der jüdischen Studierendenunion, dem Rat muslimischer Studierender und Akademiker sowie dem Verein „JUMA – jung, muslimisch, aktiv“ ([mehr](#)).

### 2.2. Nordrhein-Westfalen: Islamischer Religionsunterricht wird neu geordnet

Nordrhein-Westfalen hat dem Islamischen Religionsunterricht eine neue organisatorische Grundlage gegeben. Von nun an steht dem Land eine Kommission mit Mitgliedern von zunächst sechs Islam-Verbänden als Ansprechpartner zur Verfügung. Sie löst einen vor rund zehn Jahren gebildeten Beirat ab. Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) sprach von einem „neuen wichtigen Schritt für den weiteren Ausbau des islamischen Religionsunterrichts“.

Der Islamische Religionsunterricht war in Nordrhein-Westfalen Ende 2011 von den damaligen Regierungsfractionen von SPD und Grünen gemeinsam mit der CDU eingeführt worden. Der dazu einberufene Beirat hatte acht Mitglieder. Vier von ihnen wurden von den islamischen Verbänden DITIB,

Islamrat, VIKZ und Zentralrat der Muslime bestimmt, vier weitere berief das Schulministerium im Einvernehmen mit den Verbänden. Ditib wurde nach der Spitzelaffäre im Jahr 2017 aus dem Beirat ausgeschlossen.

In der neuen Kommission gibt es keine vom Ministerium bestimmten Mitglieder mehr, und die Zahl der Sitze ist nicht mehr begrenzt. Zum Mitglied berufen wurden zunächst jene sechs Verbände, die „zum jetzigen Zeitpunkt die gesetzlichen Voraussetzungen für einen Vertrag mit dem Land zur Zusammenarbeit beim islamischen Religionsunterricht erfüllen. Zu den Voraussetzungen zählt unter anderem, dass die Organisation in der Zusammenarbeit beim islamischen Religionsunterricht eigenständig und staatsunabhängig ist und die Verfassungsprinzipien achtet.“ Das trifft nach Auffassung der Landesregierung auf die folgenden Verbände zu: Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ), Islamische Religionsgemeinschaft NRW, „Bündnis Marokkanische Gemeinde“ (BMG), Islamische Gemeinschaft der Bosniaken (IGBD), Union der Islamisch-Albanischen Zentren. Darüber hinaus ist auch der DITIB-Landesverband nun wieder dabei ([mehr](#)).

Schulministerin Gebauer sagte dazu, die DITIB habe „intern, aber auch öffentlich“ eine „Staatsferne“ dargelegt. Auf Anfrage der Frankfurter Allgemeinen Zeitung hieß es weiter, der nordrhein-westfälische Ditib-Landesverband und seine zugehörigen Regionalverbände hätten ihre Unabhängigkeit durch eine Satzungsänderung sichergestellt. Dadurch sei „der Einfluss von Ditib-Gremien, die maßgeblich vom türkischen Staat bestimmt werden, auf den Landesverband deutlich eingeschränkt und auf den islamischen Religionsunterricht gänzlich ausgeschlossen“ worden ([mehr](#)).

Der Liberal-Islamische Bund (LIB) reagierte mit „Enttäuschung und Unverständnis“ auf die Neuordnung. Die Entscheidung der Landesregierung sei „nicht nachvollziehbar, da sie auf doppelten Maßstäben“ beruhe. Einerseits habe man die Bewerbung des LIB „durch eine restriktive Gesetzesauslegung abgelehnt“, indem „überspannte Anforderungen hinsichtlich einzelner gesetzlicher Voraussetzungen gestellt“ worden seien. Andererseits habe man gesetzliche Voraussetzungen, deren Vorliegen „in hohem Maße evident zweifelhaft“ sei, als erfüllt deklariert.

Dies gelte insbesondere für DITIB und den Islamrat. Bei Ditib seien die Probleme, auf die jüngst in verschiedenen Gutachten aufs deutlichste hingewiesen worden sei, in keiner Weise gelöst. Der Islamrat sei maßgeblich von der Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş (IGMG) geprägt. Diese berufe sich nach wie vor auf ihren „islamistischen und antisemitischen“ Gründer Necmettin Erbakan ([mehr](#)).

### 2.3. Was sonst noch war

- Koordinationsrat der Muslime kritisiert neues Gesetz zum „Erscheinungsbild von Beamtinnen und Beamten“: „Kopftuchverbot durch die Hintertür?“ ([mehr](#))
- Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland wählt Studentin Anna-Nicole Heinrich zur neuen Präses ([mehr](#))
- Bundesinnenminister verbietet islamistisches Netzwerk Ansaar International e.V. einschließlich seiner Teilorganisationen („WWR-Help“, „WorldWide Resistance-Help“, „Aktion Ansar Deutschland“, „Somalisches Komitee Information und Beratung in Darmstadt und Umgebung“, „Frauenrechte ANS.Justice“, „Änis Ben-Hatira Help“, „Änis Ben-Hatira Foundation“, „Ummashop“, „Helpstore Secondhand UG“, „Better World Appeal“) ([mehr](#))
- Bundesinnenminister verbietet Vereine „Deutsche Libanesische Familie“, „Menschen für Menschen“ und „Gib Frieden“ wegen Akquise von Spendengeldern zugunsten der verbotenen Terrorgruppe Hisbollah ([mehr](#))
- Berlin: Grundstein des „House of One“ gelegt ([mehr](#))
- Köln: DITIB Bundesverband sammelt Spenden und baut 6.000 Häuser sowie „Moscheen und Schulen“ in Nordsyrien, hochrangige Delegation um den Vorsitzenden Kazim Türkmen besucht die von der Türkei besetzten Gebiete ([mehr](#)); Türkei weitet ihren militärischen und politischen Einfluss in Nordsyrien aus ([mehr](#))
- Türkei: Präsident Erdogan empfängt Delegation von AKP-Lobbyisten und die Vorsitzenden der größten deutschen türkeinahe Religionsverbände DITIB, Milli Görüş (IGMG) und ATIB ([mehr](#)).

## 3. Meinungsforschung

### 3.1. Neue Studie „Muslimisches Leben in Deutschland 2020“

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz eine zweite bundesweite Repräsentativbefragung zum Muslimischen Leben in Deutschland durchgeführt. Hierfür wurden zwischen Juli 2019 und März 2020 insgesamt 5.200 Personen befragt. Wichtige Ergebnisse:

- Durch Zuwanderung hat die Zahl der Muslime und Aleviten in Deutschland in den letzten Jahren zugenommen. Die Autorinnen schätzen ihre Zahl für das Jahr 2019 auf 5,3–5,6 Millionen (6,4–6,7 Prozent der Bevölkerung).

- Etwa die Hälfte der Befragten sind deutsche Staatsangehörige (47 Prozent; bei den unter 18-jährigen 68 Prozent).
- Türkeistämmige Musliminnen und Muslime bilden weiterhin die größte Herkunftsgruppe, stellen aber nicht mehr die absolute Mehrheit. An zweiter Stelle folgen Personen syrischer Herkunft.
- 82 Prozent der Befragten geben an, „stark“ oder „eher gläubig“ zu sein, ähnlich viele wie Migranten christlicher Konfession.
- Im Hinblick auf die religiöse Praxis bestehen große Unterschiede. 39 Prozent der Befragten geben an, täglich zu beten, 25 Prozent beten nie.
- 38 Prozent der Befragten fühlen sich durch mindestens einen von insgesamt dreizehn erfragten Verbänden „ganz“ oder „teilweise vertreten“. Besonders hoch ist der Vertretungsgrad bei Muslimen der Ahmadiyya Muslim Jamaat und bei Aleviten (82,7 / 51 Prozent).
- 30 Prozent der befragten Frauen und Mädchen tragen Kopftuch.
- Auf die Integration hat die religiöse Zugehörigkeit fast keinen Einfluss. Wichtiger sind „migrationsbiographische“ Faktoren, etwa die Generationenzugehörigkeit und die Dauer des Aufenthalts in Deutschland ([mehr](#)).

### **3.2. Studie: Gewaltlegitimierende Verse in religiösen Schriften steigern Unterstützung für Gewalt**

Nach einer Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) steigern gewaltlegitimierende Verse in religiösen Schriften die Unterstützung für die Tötung von Andersgläubigen. Die Ergebnisse der Befragung von 8.000 Christen, Muslimen und Juden in sieben Ländern (Deutschland, USA, Zypern, Libanon, Israel, palästinensische Gebiete und Kenia) zeigten dies erstmals deutlich, erklärte der Direktor der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung am WZB, Ruud Koopmans. „Religiöse Ursachen und Motivationen müssen ernst genommen werden. Gewalt darf nicht nur auf sozioökonomische und psychologische Ursachen reduziert werden“, so Koopmans ([mehr](#)).

## **4. Veranstaltungen**

### **4.1. Halacha und Schari'a – was ist das?**

Veranstaltungsreihe: Halacha und Schari'a – Ratgeber oder Strafgesetzbuch?

10. Juni 2021, 19–20.30 Uhr, Haus der Religionen, Hannover, online

Referent/innen: Hamideh Mohagheghi, Rabbiner Gábor Lengyel, Hannover ([mehr](#))

### **4.2. Die Propheten – Woran erkenne ich sie?**

Veranstaltungsreihe: Bibel und Koran im Dialog

15. Juni 2021, 19–20.30 Uhr, Haus der Religionen, Hannover, online

Referenten: Hilal Al-Fahad, Wolfgang Reinbold, Hannover ([mehr](#)).

## **5. Video**

### **Religionsunterricht #4: Alevitischer Religionsunterricht**

Religionen im Gespräch

Gast: Hazal Kaya, Bundesverband der Aleviten (AABF)

Moderation: Wolfgang Reinbold, Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers ([mehr](#)).

## **6. Literatur: Neuerscheinungen**

W. D. A. Aries, Muslimische Gläubigkeit in der europäischen Gegenwart. Das Nachdenken eines deutschen Moslems, Berlin 2021

K. Pfündel/A. Stichs/K. Tanis, Muslimisches Leben in Deutschland 2020. Studie im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg 2021 ([hier](#)).

Hannover, den 27.5.2021

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.